

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Druckanstalt  
Tageblatt Rieser  
Fernauf Nr. 50  
Postfach Nr. 52

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Stolpen, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt  
Dresden 1880.  
Strolcher:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 221.

Montag, 22. September 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Preis (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontaus gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Rückwirkungen oder Spekulation?

qu. Die Weltbörse ist feunruhig. Wie es heißt, weil das Ausmaß der deutschen Entwicklung nicht recht traut. In einem Teile der deutschen Presse liest man die Märchen von einem nahen Hitlerputsch hätten das Ausland in Aufregung versetzt, andere Stimmen suchen für die Kursstürze an den Börsen andere Auslegung. In maßgebenden deutschen Kreisen, die weder der einen Seite glauben, noch der anderen recht geben würden, hält man die ankommende Bräutigam für eine Reaktion der schlechten Weltwirtschaftslage. Sie brauchte nur eine Anregung, eine Auslösung und fand sie in der innenpolitischen Gestaltung der deutschen Verhältnisse. Diese Krise mußte einmal kommen. Und wären die deutschen Wahlen anders ausgefallen, so hätte sich ein anderer Reaktionspunkt ergeben. Das es sich aber nur um eine vorübergehende Erscheinung handeln kann, erscheint sicher. Denn nach dem Kurssturz setzten sofort Spekulationsaktionen ein, und soweit die deutsche Kreditfähigkeit vorgeschoben wurde, brachen gerade die amerikanischen Bankiers ein, die Deutschland kennen und haben sich dahin verbürgt, daß von Deutschland keine Gefahr drohe. Soweit sie daran beteiligt waren, haben sie sämtliche Kredite sofort verlängert, und Kreditbedingungen sind, wie man von maßgebender Berliner Stelle hören kann, wieder rückgängig gemacht worden.

Aber selbstverständlich bleibt die Wirtschafts- und Finanzlage gespannt, wenn auch die Baisse in Berlin, London, New York überstanden wird. Denn bereits wiederholt sich das Gerücht, Deutschland werde von dem Recht im Young-Vertrag Gebrauch machen und die Frage zur Prüfung stellen, ob nicht eine Verminderung der Zahlungen erfolgen könne. Daß es mit Rücksicht auf die schwierige Weltwirtschaftslage, die alle Reparationsmächte anerkennen werden, ein Recht dazu hat, bleibt außer Zweifel. Deutschland kann darauf hinweisen, daß sich die Schwierigkeiten der Weltwirtschaft besonders bei uns auswirken. Der dauernde Erhöhung der Steuererträge sei nachweisbar, die dauernde Erhöhung der Steuern sei bis zu einer Grenze der höchsten Leistungsfähigkeit erfolgt, und doch sei wieder ein Defizit von jetzt etwa 400 Millionen vorhanden, das gedeckt werden müsse. Nicht nur wir, sondern die ganze Welt weiß, daß wir aus den Sanierungsmaßnahmen nicht herauskommen. Wie man hört, sollen jetzt wieder neue Sanierungsmaßnahmen erforderlich sein. Die Forderung auf Herabsetzung der deutschen Leistungen läßt sich schon rechtfertigen. Selbst aber, wenn die Weltbörse von solchen angeblichen Absichten Deutschlands erfahren haben soll — offiziell scheinen sie noch nicht einmal beabsichtigt, sondern nur in Erwägung zu liegen — könnte das kein Grund sein, die deutsche Zahlungsfähigkeit überhaupt anzuzweifeln. Sie ist vorhanden, es fragt sich nur, ob es im Interesse der Weltwirtschaft liegt, die deutsche Leistungsfähigkeit zu überspannen. Wird der volle Satz der Youngzahlungen weiter verlangt, so ergibt sich doch nur die Ansammlung riesiger Kapitalien in Amerika, die dort keine Verwendung finden, während die Kaufkraft europäischer Länder verringert und damit das amerikanische Geschäft beeinträchtigt wird. Eine Besserung der deutschen Wirtschaftslage und mit ihr der Weltwirtschaftslage kann nur dann erfolgen, wenn die Lasten der breiten Masse, also der Konsumenten durch Abstreifung der Reichleistungen verringert werden.

Wir stehen also jetzt nicht vor einer Finanzkrise, sondern vor einer viel wichtigeren Frage, wie die schwierige Lage besonders der deutschen Wirtschaft behoben werden kann. Es ist bedauerlich, wenn sich aus der schlechten Börsenlage und der Stimmung gegen Deutschland Gerüchte einstellen, die jeder Grundlage entbehren und dem Optimismus selbst der Amerikaner entgegenarbeiten. So wurde behauptet, es sei eine Massenflucht deutscher Kapitalisten erfolgt. Nichts davon ist wahr. Wahr ist, daß die Börse einige Wanders vollführt und im Hintergrunde ernste Pläne umgehen, die durchaus nicht allein im deutschen Interesse liegen.

## Der Lieferstreit der russischen Bauern.

Ein neuer Schlag.

\* Rom u. Nach Meldungen aus Moskau hat der anbauende Lieferstreit der russischen Bauern, und zwar sowohl der Eigenbauern als auch der Kollektivbauern, das Landwirtschaftsministerium veranlaßt, einen neuen Appell an die Landbevölkerung zu richten, in dem zur Ablieferung der vorgezeichneten Getreidemengen aufgefordert wird und scharfe Maßnahmen angedroht werden. Das Ministerium weist darauf hin, daß auch die zweite Dekade des Septembers keine Abwendung in der Getreidelieferung gebracht habe. Man sehe sich unter diesen Umständen der Gefahr eines Zusammenbruchs des ganzen Monatsplanes gegenüber. Der Schlag ist scharfste Kritik an der Leistung der Kollektivwirtschaften, die die Aufgaben noch immer nicht ausgeführt hätten, und weist auch den Eigenbauern ihren mangelhaften Willen vor, die Grundbesitzlage des Staates sicherzustellen. Für den Fall eines Anhaltens des Ablieferungsstreiks wird in dem Erlass gedroht, daß sämtliche bisher gekundeten Zahlungen rückwärts erhoben, die Kredite gesperrt, die Urlaubslizenzen streng nachgeprüft und die Schulden dem Gericht übergeben werden. Eine Anzahl neuer kommunikativer Strohbrücken soll gebildet werden, um für die Durchführung dieser Verordnungen an Ort und Stelle zu sorgen.

## Reichsminister Dr. Brüning über die Putschgerüchte.

M Berlin. Der Reichsminister gewährte dem Berliner Vertreter eines amerikanischen Nachrichtenbüros eine Unterredung. Auf die Frage: „Wie beurteilen Sie, Herr Reichsminister, die im Ausland verbreiteten Gerüchte über Putschversuche?“ erklärte der Reichsminister:

Ich entnehme aus Ihrer Frage, daß Sie auf amerikanische Pressestimmen anspielen, welche von einer von radikaler Seite drohenden Gefahr sprechen.

Die beste Antwort auf diese Frage ist ein Hinweis auf die Ihnen ja bekannte tatsächliche Lage in Deutschland. Ich bin überzeugt, daß Sie schon von sich aus Ihren Lesern melden werden, daß sich keine Putschgefahr, auch nicht in einem einzelnen Bezirk in Deutschland gezeigt hat. Die Reichsregierung hat deshalb auch unbefürchtet um solche Gerüchte und um den Ausgang der Wahlen ihre ganze Kraft auf die sachlichen Aufgaben richten können, die darin bestehen, die während des Sommers in Angriff genommenen und vorläufig auch zum Abschluß gebrachten Arbeiten fortzuführen und auszubauen. Sie ist des einmütigen Willens, auf diesem Wege fortzufahren, da sie davon überzeugt sein kann, daß sie bei dieser ihrer Aufgabe die Unterstützung aller ihrer finden wird, die die beste Garantie für eine Aufwärtsentwicklung in eben dieser sachlichen Arbeit sehen. Das ist trotz des Ausfalls der Wahlen die Mehrheit des deutschen Volkes. Ebenso wie diese überwiegende Mehrheit in dem schweren Kampf seit dem Zusammenbruch immer den besten Willen zu Ruhe und Ordnung gezeigt hat, ebenso sicher bin ich, daß dieser gesunde Sinn des deutschen Volkes sich auch in der Zukunft durchsetzen wird.

Das deutsche Volk war von jeher ein Volk der Arbeit und hat sich selbst in schweren Zeiten durch eigene Kraft und nützliche Einwirkung des Reiches vorwärts geholt; dieser gesunde Sinn des deutschen Volkes ist die beste Garantie für die rascheste Bewältigung der Aufgaben, welche der Reichsregierung obliegt. Lokale Störungen sind hier und da auch in früheren Jahren vorgekommen. Die staatlichen Machtmittel der Landespolizeibehör-

den reichen vollkommen aus, um solche Unruhen schon im Keim zu ersticken.

## Eine Unterredung mit Reichsinnenminister Dr. Wirth.

M Berlin. Reichsinnenminister Dr. Wirth gewährte dem Berliner Vertreter eines amerikanischen Nachrichtenbüros ein Interview, in dem er unter anderem folgendes ausführte:

Nach sorgfältiger und kritischer Prüfung der politischen Lage in Deutschland wie sie mir amtsmäßig zutkommt, kann von einer Putschgefahr nicht gesprochen werden. Die kleine Wehrmacht ist absolut fest in der Hand des Herrn Reichspräsidenten. Versuche, in der Reichswehr sogenannte nationalsozialistische Zellen zu bilden, sind absolut gescheitert. Ein Versuch wird in den nächsten Tagen vor dem Reichsgericht in Leipzig entschieden werden. Ueber die Polizei kann — abgesehen von dem Falle in Thüringen, wo wir durch Exzesse der Volkswacht eingegriffen haben — ebenfalls gesagt werden, daß sie ein zuverlässiges Instrument in den Händen der Länder darstellt. Jeder Versuch, mit Gewalt irgendwie gegen die Autorität des Staates anzugehen, würde — und das ist die feste Überzeugung der gesamten Reichsregierung — schon im Keime erstickt werden. In Besonderen über revolutionäre Umtriebe von rechts oder links ist keine Veranlassung gegeben. Selbstverständlich erfordert die explosionsartige Lage gezielte Aufmerksamkeit der deutschen Wähler nicht nur größte Aufmerksamkeit von Seiten aller nicht revolutionären Parteien, sondern man muß sich auch aufrichtig und ehrlich Rechenschaft darüber geben, ob es fernherhin angebracht ist, Deutschland und seine Jugend, die zum größten Teil ohne Hoffnung lebt, unter unethischen Bedingungen dahinsiechen zu lassen.

## Zur Neuaufstellung der Minderheitenfrage in Genf.

ob. Das Vorgehen der deutschen Delegation in Genf zur Neuaufstellung der Minderheitenfrage war, wie das Nachrichtenbüro des Völkerverbands berichtet, mit den Minderheitenführern und einigen Völkerverbandsdelegationen vorher verabredet. Die Absicht dabei war nicht, einen starken Vorstoß zu unternehmen, denn dafür würde der letzte Zeitpunkt sehr ungünstig gemein sein. Wohl aber sollte unter allen Umständen verhindert werden, daß die Minderheitenfrage völlig von der Tagesordnung des Völkerverbands verschwinde. Tatsächlich ist es ja auch gelungen, durchzusetzen, daß die 6. Kommission des Völkerverbands sich nach mehrjähriger Pause wieder einmal mit diesem Problem beschäftigt. Eine besondere Minderheitenkommission ist aber aus dem schon erwähnten Grunde, und zwar im Einklang mit den Minderheitenführern, nicht verlangt worden. Der französische Außenminister Briand, der überraschend in der Sitzung der Kommission erschien, hat also gegen die Minderheitenkommission abgelehnt.

Daß Reichsaussenminister Dr. Curtius nicht persönlich in der Kommission erschien, entsprach durchaus dem Wunsch, die Kommissionsarbeit dem zuständigen Referenten der Delegation zu überlassen, in diesem Falle also dem Reichsminister a. D. Roth-Weser. Briands Vorgehen war durchaus ungewöhnlich. Im übrigen hat Minister Roth am Sonnabend in einer längeren Rede vor der Kommission noch einmal den deutschen Standpunkt dargelegt, wie er von Stresemann immer vertreten worden ist. Da als Referent von der Kommission der Schweizer Wotta beauftragt worden ist, so kann man eine sachliche Behandlung des Minderheitenproblems erwarten.

Das Mitglied der deutschen Völkerverbandsdelegation, der sozialdemokratische Abg. Dr. Breitscheid, ist aus der Genfer Wirtschaftskommission ausgeschieden, um sich ganz der Arbeit in der Abrüstungskommission zu widmen. Nach den bisherigen Mitteilungen aus Genf ist es jedoch nicht richtig, daß Breitscheid diesen Schritt damit begründet habe, er könne die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Reichsregierung nicht länger vertreten. Tatsächlich hält Dr. Breitscheid nur die Abrüstungsfrage gegenwärtig für wichtiger als die Arbeiten der Wirtschaftskommission.

## Dank des Reichspräsidenten für die Begrüßung im Wandervergelände.

\* Berlin. Der Herr Reichspräsident hat in persönlichem Schreiben an den Herrn bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Geß und an den Vorsitzenden des bayerischen Staatsministeriums, Herrn Staatsminister Baum, in herzlichen Worten seinen Dank für die freundlichen Begrüßungen zum Ausdruck gebracht, die ihm während seiner Anwesenheit im Wandervergelände in den letzten Tagen allenthalben erwiesen worden sind.

## Curtius vor dem Genfer Mikrophon.

\* Berlin. Am Sonnabend abend wurde Reichsaussenminister Dr. Curtius im Senderaum der Genfer Rundfunkgesellschaft von Chefredakteur Dr. Hänscher befragt.

Auf verschiedene Fragen erklärte Curtius u. a., daß die oberirdischen Beschwerden in Genf zu weiterer Befriedigung entschieden worden seien. In der Frage des Saarabstimmungs habe Deutschland den Vorschlag des Berichterstatters, des italienischen Vertreters Scialoja, angenommen und habe so das, was Deutschland forderte, ohne neue Zugeständnisse erreicht. Zum Paneuropaproblem erklärte er, daß die deutsche Regierung die Gemeinamkeit der europäischen Interessen durchaus bejahe. In den Studienauschuss des Völkerverbands sollten jedoch nach deutscher Ansicht auch die Türkei, Rußland und die Vereinigten Staaten aufgenommen werden. In der Frage des Minderheitenschutzes sei es der deutschen Regierung darauf angekommen, daß in Madrid durchgeführte neue Verfahren auszubauen. Dem Minderheitenschutz habe er seit Beginn seiner Tätigkeit die allgrößte Aufmerksamkeit gewidmet. Der Kern des Problems sei nicht die rechtliche Befriedigung, sondern die praktische Verwirklichung der Rechte der Minderheiten. Erhöhte Bedeutung habe der Minderheitenschutz durch das Paneuropaproblem gewonnen, denn die Annäherung Europas gehe nicht nur über die Befestigung der Juggrenzen, sondern in erster Linie durch die Befriedigung der Minderheiten vor sich. Zur Abrüstungsfrage erklärte er, daß Deutschland nach wie vor auf allgemeiner Abrüstung bestehen müsse. Die Abrüstungsmäßigkeit war langsam, aber sie stehe doch nicht still. Es sei ein Fortschritt, daß die deutsche These diesmal von Fenderjon und Scialoja anerkannt worden sei. In den Wirtschaftsfragen erklärte Curtius, daß die deutsche Regierung hier auf dem österreichischen Standpunkt stehe, daß man zunächst regionale Lösungen versuchen müsse. Die englischen Wünsche bezüglich einiger Vollerleichterungen würde Deutschland nicht zurückweisen können. Deutschland müsse verhindern, daß England vom Kontinent abgedrängt, in einen englischen Protektionismus gestochen werde und um das britische Weltreich eine hohe Zollmauer errichte.

## Dauertagung der Abrüstungskommission vereinbart.

London. (Funkpruch.) Wie der Genfer Korrespondent des Daily Herald meldet, haben die Delegationen Englands, Frankreichs und Deutschlands eine stichweilige Vereinbarung erreicht, daß die vorbereitende Abrüstungskommission vom 3. November bis Weihnachten tagen und daß im November nächsten Jahres die allgemeine Abrüstungskonferenz abgehalten werden soll. Die Vereinbarung sei besonders der Rede Fenderjons in der Völkerverbandsversammlung zu danken.